

## Montagsrunde mahnt CDU zu konstruktiver Verkehrspolitik

So man dem Bürgermeister durchaus Visionen zur Stadtentwicklung unterstellen mag, scheitern sie an der wahrhaft konservativen Haltung der politisch dominanten CDU. Der öffentliche Raum wird noch immer dem uralten Ideal der autogerechten Stadt geopfert. Eine urbane Atmosphäre kann deshalb nicht entstehen, das eigentümliche „Ambiente“ der Frankfurter Straße hinterlässt auch überregional einen fragwürdigen Eindruck. Eine Innenstadt fehlt immer noch, kann auch nicht durch einen Konsumtempel wie das „IZ“ kompensiert werden. Mit vielen drögen Fassaden und noch mehr Autos wird aus dem alten Ort kaum eine wahrhaftige Alt-Stadt. Die CDU konserviert, was geändert werden muss. Dringend braucht Isenburg ein städtisches Profil, die Aufenthalts- und Lebensqualität muss deutlich verbessert werden, auch um die kommunale Selbständigkeit zu bewahren. Ein Marktplatz als zentraler Ort der Begegnung wäre durchaus sinnvoll. Unbestreitbar hat sich dies in vielen Städten bewährt, die schon vor Jahrzehnten die früheren Autoverkehrsknoten entsprechend umgewandelt haben.

In diesen Tagen öffnen sich Chancen, dass Bürger und Politik gemeinsam den Strukturwandel schaffen. Im künftigen Quartier Süd könnte die neue Stadtmitte entstehen, verknüpft mit einem umfassenden Konzept für die überfällige Verkehrswende. Die Gelegenheit zur konstruktiven Bürgerbeteiligung ist am 8. und 9. 3. denkbar knapp bemessen. Schon die Präsentation der neuen Freiburger Stadtquartiere durch den Watt-Club im Isenburger „Kinno“ am 3.3. hat eindrucksvoll vorgeführt, dass erfolgreiche Stadtentwicklung nur mit viel Bürgerengagement und möglichst wenig Autoverkehr gelingt. Trotzdem fürchtet offenbar die CDU, dass sich was ändert, und fällt dem Bürgermeister in den Rücken, der zum Dialog bereit ist.

Auch die CDU sollte endlich begreifen, dass Quell-, Ziel-, Innerorts- oder Durchgangsverkehr nicht grundsätzlich mit dem Auto abgewickelt werden muss. Es gibt kein Menschenrecht auf uneingeschränktes Autofahren. Auch nicht in Neu-Isenburg. Wohl ist es der CDU gelungen, die seit Jahrzehnten vorgesehene Tramlinie Frankfurt – Dreieich vorerst zu verhindern. Nicht verhindern wird sie die von der EU ab 2050 gültige Verkehrswende, die konventionelle Autos aus den Städten verbannt. Dann wird die Haltestelle der Regionaltangente (die mit Straßenbahnzügen bedient wird) nicht Endpunkt, sondern Schnittstelle eines Tramnetzes sein.

Die Stadt muss sich im Einklang mit der Region entwickeln. Aufgrund kritischer Stickoxidemissionen (NO<sub>2</sub>) drohen Frankfurt bald Bußgelder der EU. Quelle der Abgase sind auch die Pendlerströme aus dem Umland. Da wäre es nur fair, wenn Neu-Isenburg fortschrittliche Verkehrsangebote fördert statt die Autoinfrastruktur noch auszubauen. Und mit der fortschreitenden Konzentration und Verlagerung von Gewerbe nach Isenburg wächst der Pendlerverkehr, auch in den Nachbarkommunen, die Arbeitsplätze abgeben müssen. Deshalb darf man nicht die Nachteile der Standortpolitik der Region aufbürden, sondern muss Vorreiter der Verkehrswende werden.